

NE-METALLE MONITOR

Mit Content von Dow Jones

UNTERNEHMEN | MÄRKTE | PREISE

Dienstag, 10. Dezember 2013 | Nr. 23

Reinhard Bütikofer zur Lagerhausproblematik

„Die Wirtschaft kann nicht warten“

Die langen Wartezeiten bei der Auslieferung von Aluminium belasten nicht nur die US-Wirtschaft sondern auch europäische Unternehmen. Doch während die Politik in den USA auf die Klagen ihrer Aluminiumverbraucher reagiert hat, zeigt sich die EU-Kommission noch „seltsam unentschlossen“, wie der Berichterstatter für Rohstoffe im Europäischen Parlament, der Grünen-Politiker Reinhard Bütikofer in einem Gastbeitrag für den NE-Metalle Monitor bemängelt. Zwar habe der Protest aus der Industrie inzwischen zu einer Reform der LME-Regeln geführt. Aber weitere Transparenzaufgaben auch von Seiten der EU seien nötig. [Seite 9](#)

Marktbericht Aluminium

Masselprämien entwickeln sich entgegen Erwartungen

Am deutschen Aluminiummarkt haben die Masselprämien weiter zugelegt – trotz der ab April geltenden neuen LME-Auslagerungsregelungen. Viele Käufer zögern daher den Abschluss von Langfristverträgen weiter hinaus und warten ab. [Seite 2](#)

Marktbericht Kupfer

Einkäufer bereiten sich auf Jahreswechsel vor

Am deutschen Kupfermarkt wird es immer ruhiger. Viele Gießereien schließen Ende der Woche. Nur die Gießwalzdrahtproduzenten verhandeln immer noch mit ihren Kunden. Für die Zeit nach dem Jahreswechsel rechnen Einkäufer mit zunächst schwächeren Prämien. [Seite 6](#)

Aluminium

Chinalco darf nicht mehr für Las Bambas bieten

Da Peking nicht will, dass gleich zwei chinesische Bieter den Preis für das Kupferprojekt Las Bambas in die Höhe treiben, musste sich Chinalco aus dem Bieterverfahren um die Glencore-Mine zurückziehen. Minmetals ist damit der letzte verbliebene Bieter aus dem Reich der Mitte. [Seite 7](#)

Hintergrund

Deutsche Bank fährt Rohstoffhandel zurück

Nach anderen Instituten will auch die Deutsche Bank ihren Rohstoffhandel zurückfahren und sich in diesem Bereich künftig nur auf Finanzderivate und Edelmetalle konzentrieren. Auslöser sind die stark zurückgegangenen Gewinne des Bereichs. [Seite 10](#)

Kongo

Mineralienexporte können wieder anlaufen

Im Kongo wurden die bewaffneten Milizen zurückgedrängt und die Lage in den umkämpften Gebieten hat sich entschärft. Die Grenzstationen in Richtung Uganda sind wieder geöffnet und die Exporte von Zinn, Tantal und Coltan können demnächst aufgenommen werden. [Seite 13](#)

Blei

Deutlich steigende Preise erwartet

Die Bleipreise könnten, wie bereits im vergangenen Winter geschehen, bald deutlich steigen. Investoren hoffen jedenfalls auf eine Wiederholung der Vorjahres-Rally, als die Bleipreise um 17 Prozent zugelegt hatten. Einige rechnen mit einem sogar noch größeren Preisanstieg. [Seite 14](#)

Aluminium hochgrädig



Kupfer



Zink



— Kassapreis
— Drei-Monats-Preis
— Dezember 2014
in USD/t (im Jahresverlauf); Quelle: LME

Märkte

- ▶ Das Contango bei Aluminium bleibt unverändert.
- ▶ Kupfer hat erneut in eine leichte Backwardation gedreht.
- ▶ Bei Zink hat sich das Contango weiter abgeschwächt.

Gastbeitrag von Reinhard Bütikofer

Die Wirtschaft kann nicht warten

An der Londoner Metallbörse (LME) herrscht Unruhe. Seit Monaten streiten sich Realwirtschaft und Finanzmarktakteure. Im Mittelpunkt steht die Verfügbarkeit von Aluminium. Trotz eines Überangebots bei diesem Leichtmetall kommen Unternehmen wie Bierdosen- oder Automobilhersteller einfach nicht rechtzeitig an ihren Werkstoff. Mancher wartet bis zu einem Jahr, um das Metall endlich aus dem Lagerhaus zu erhalten.

Durch die Lieferverzögerungen werden – wen wundert es? – die Preise für Aluminium in die Höhe getrieben. Schließlich werden beim Metallverkauf auch Aufschläge für die Lagerdauer verlangt. Waren solche Aluminiumprämien in der Vergangenheit relativ statisch und lagen im Durchschnitt bei fünf Prozent, sind sie heute volatil und liegen bei bis zu 13 Prozent. Cui bono?

Viele der Lagerhallen gehören Hedgefonds, Investitionsfirmen wie Goldman Sachs oder auch so herausragenden Rohstoffhändlern wie

Glencore Xstrata. Da Rohstoff-Futures, also Verträge mit Liefertermin in der Zukunft, derzeit zu einem höheren als dem aktuellen Spot-Preis gehandelt werden (diese Preissituation nennt man Contango), ist die Einlagerung von Aluminium derzeit attraktiver als der gegenwärtige Verkauf aus den Lagerstätten.

In den USA sind Unternehmen wie Coca-Cola oder MillerCoors in Aufruhr. Die Firma Superior Extrusion hat schon eine Klage gegen die Londoner Metallbörse und Goldman Sachs eingereicht. Der US-Kongress organisiert Anhörungen zum Thema und die amerikanische Rohstoffhandelsaufsicht führt eine Untersuchung durch. Eine Grundsatzdebatte wurde ausgelöst, ob sich Investmentbanken überhaupt am physischen Rohstoffhandel beteiligen sollen. Die US-Notenbank wird zu dieser Frage in den kommenden Wochen ein Urteil fällen.

Die EU-Kommission scheint seltsam unentschlossen

Und was macht Europa? Für den Bundesverband der Deutschen Industrie ist es ein wichtiges Thema. Aber die Europäische Kommission scheint seltsam unentschlossen. Vor etwa einem Jahr bestätigte sie, dass mehrere europäische Unternehmen sich wegen der Lagerhausproblematik an sie gewandt hätten. Die Generaldirektion Unternehmen, unter der Führung von Vize-Präsident Tajani nahm das Thema ernst und erklärte, es würde Diskussionen mit der Generaldirektion Markt geben. Bei einer parlamentarischen

Anfrage allerdings kam in Oktober 2013 die Antwort von Wettbewerbskommissar Almunia, und diese war sehr ausweichend. Er hält es „nicht für angemessen“ zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Keine Aussage, ob europäische Firmen mit der Kommission Kontakt aufgenommen haben. Keine Aussage, ob und wie die Kommission das Thema verfolgt. Keine Aussage, ob das Thema jemals besprochen wurde. So unbedarft kann die Kommission ja gar nicht sein. Warum mauert sie also? Die Wirtschaft kann nicht warten. Erfreulicherweise hat Protest aus der Industrie einen Reformdruck auf die Londoner Metallbörse ausgeübt. Die LME machte Vorschläge zur Überarbeitung ihrer Lagerhausstrategie. Um Warteschlangen zu verkürzen, sollen Lagerhäuser mit einer Wartezeit von mehr als 50 Tagen nun mehr Tonnen Metalle herausgeben als einlagern. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Banken und Rohstoffhändler können Regeln leicht umgehen

Aber es braucht weitere Transparenzaufgaben – und da wird auch die EU-Kommission gebraucht. Ohne mehr Transparenz könnte sich der Vorschlag schnell in einen Pyrrhussieg verwandeln. Denn geschäftstüchtige Banken oder Rohstoffhändler könnten die neuen Regeln umgehen, indem sie Rohstoffe von LME-registrierten zu nicht-registrierten Lagerstätten verlagern. Laut Analysen der Wirtschaftsuniversität Wien war ein Grund für den enormen Preisanstieg am Nickelmarkt in den Jahren 2006 bis 2008 genau solch eine Verschiebung der Nickelbestände gewesen.

Die Londoner Metallbörse sollte sich deswegen ihr amerikanisches Pendant als Beispiel nehmen und unterschiedliche Händlerkategorien einführen, um zwischen kommerziellen und nicht-kommerziellen, sprich finanziellen, Akteuren zu differenzieren. Damit könnte man die physische von der virtuellen Nachfrage nach Rohstoffen besser unterscheiden anstatt das zu vermischen. ►►



Der Autor des Beitrags, Reinhard Bütikofer, ist Ko-Vorsitzender der Europäischen Grünen Partei und Mitglied im Industrieausschuss der EU-Kommission sowie Berichterstatter für Rohstoffe des Europäischen Parlaments.

► Zur gleichen Zeit braucht es, wie von der Wirtschaftsuniversität Wien empfohlen, größere Transparenz bei den Lagerhäusern. Eigentümerstrukturen und Angaben zur Verfügbarkeit von Beständen werden auch bei nicht-registrierten Lagerstätten gebraucht.

Rohstoffe sind wesentlicher Grundbestandteil unserer Industrie. Um Transparenz auf den Rohstoffmärkten zu schaffen, liegt noch viel Arbeit vor uns. Die Europäische Kommission hat mit ihrer Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) schon einiges getan. Sie muss aber weiter am Ball bleiben. Hören Sie den Schrei nach Aluminium, Herr Kommissar Almunia?

Reinhard Bütikofer

Energiepolitik

Altmaier will Reform des EEG umgehend angehen

Der amtierende Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) will die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) umgehend nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung angehen. „Die EEG-Reform wird eines der ersten Gesetze sein, das von der Großen Koalition auf den Weg gebracht wird“, sagte Altmaier der Passauer Neuen Presse. Kritik an den Plänen der Koalition zur EEG-Reform kam indessen von Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne).

„Es wird sofort nach Bildung der Regierung vorgelegt und in den Bundestag eingebracht“, sagte Altmaier mit Blick auf das Gesetz. „Ich hoffe, dass es im Sommer in Kraft treten kann.“ Im Zuge der Reform werde auch die Frage der teuren Strompreisrabatten für die Industrie geklärt. „Union und SPD werden immer darauf achten, dass keine Nachteile für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland entstehen“, betonte aber Altmaier. Zudem sollten „gezielte Anreize“ geschaffen werden, damit „die notwendigen konventionellen Kraftwerkskapazitäten jederzeit verfügbar“ bleiben.

MBI/hab/mol

Derivate bevorzugt

Deutsche Bank fährt Rohstoffhandel zurück

Die Deutsche Bank fährt ihren Rohstoffhandel rund um den Globus deutlich zurück. Fallende Preise und strengere regulatorische Auflagen scheinen auch dem deutschen Branchenprimus den Appetit verdorben zu haben. Die Bank will sich künftig ausschließlich auf Finanzderivate und Edelmetalle konzentrieren. Das bedeutet jedoch nicht, dass sich die Bank dem Geschäft ganz den Rücken zuwendet. Denn mit Derivaten auf Rohstoffe wird die Deutsche Bank nach eigenen Angaben auch in Zukunft weiter handeln.

Die Deutsche Bank ist nur eine von vielen Banken, die den einst boomenden Rohstoffhandel zuletzt nicht mehr profitabel genug fanden. Die schweizerische Großbank UBS hat bereits die Notbremse gezogen und den Rohstoffhandel im vergangenen Jahr komplett eingestellt – nur mit Edelmetallen handelt die UBS noch. Auch die großen US-Banken denken über einen Rückzug aus dem Rohstoffhandel nach. Die sogenannte Volcker-Regel soll es US-Banken bald verbieten, mit ihrem eigenen Kapital zu spekulieren. Zwar ist das Gesetz noch nicht in Kraft getreten, bei den Branchengrößen klingeln aber schon die Alarmglocken.

Doch es ist nicht nur die Volcker-Regel, die den Banken Sorgen bereitet. Aufsichtsbehörden wollen zudem den wohl einträglichsten Teil dieses Geschäfts – komplexe, strukturierte OTC-Papiere – an öffentliche Börsen verlagern. Dadurch werden die Preise zwar transparenter, weil Banken weniger Gebühren für die Vermittlung der Käufe verlangen können. Doch gleichzeitig wird es teurer für Banken, physische Rohstoffe zu halten, weil neue Bankenregeln verlangen, dass sie zum Ausgleich mehr Bargeld vorhalten müssen.

Auch die Marktentwicklung trägt zu den Schwierigkeiten bei. Seit zwei Jahren zeigen sich die Märkte eher verhalten. Die Handelsaktivität und die Preisvolatilität, zwei wichtige Faktoren für Handelsgewinne, sind dadurch zurückgegangen.

Goldman Sachs, J.P. Morgan, Morgan Stanley und Co. ziehen bereits einen zumindest teilweisen Ausstieg aus dem Rohstoffhandel in Erwägung. Wie amtliche Dokumente zeigen, sind die Umsätze aus dem Handel mit Öl, Metallen und Sojabohnen bei J.P. Morgan um 16 und bei Morgan Stanley um 20 Prozent eingebrochen. Bei Goldman Sachs sind die Umsätze aus dem Rohstoffhandel im vergangenen Jahr auf 575 Millionen US-Dollar geschrumpft, verglichen mit 1,6 Milliarden Dollar im Jahr 2011 und 4,6 Milliarden im Jahr 2009. Insgesamt sind diese Umsätze bei den größten globalen Investmentbanken 2012 um 24 Prozent auf etwa sechs Milliarden Dollar gefallen, berichtet die Analysefirma Coalition. Seit 2008 sind sie damit um über die Hälfte geschrumpft.

Gewinne im Rohstoffgeschäft stark rückläufig

Ein Deutsche-Bank-Sprecher wollte keine konkreten Umsatzzahlen für den Rohstoffgeschäft seines Hauses nennen. Im Oktober hatte die Bank mitgeteilt, dass die Einnahmen aus dem Geschäft mit Rohstoffen, Devisen und festverzinslichen Wertpapieren im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 48 Prozent zurückgegangen sind. Eine mit den Rohstoffgeschäften der Deutschen Bank vertraute Person sagte, es sei nur eine Frage der Zeit gewesen, bis die Deutsche Bank aus dem Rohstoffhandel aussteigt. Allerdings sei dies ein bedeutsamer Schritt, denn die Deutsche Bank sei einer der größten Akteure in diesem Markt gewesen, und es sei keine gute Nachricht, wenn solch ein großer Player den Markt verlässt.

Für die Deutsche Bank sind die strengeren Regeln offenbar mit ausschlaggebend für den Ausstieg. Colin Fan, Co-Head von Corporate Banking & Securities, erklärte, man reagiere mit der Neuausrichtung des Rohstoffgeschäfts auf „branchenweite aufsichtsrechtliche Veränderungen“.

MBI/DJG/DJN/brb/kla